

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

01.02.2019

Interview: Martin Dolzer

02.02.2019

«Bevölkerung ist der korrupten Politik Al-Baschirs überdrüssig»

Sudan: Seit Wochen breite Proteste gegen Präsidenten. Versorgungslage spitzt sich zu. Ein Gespräch mit Ali Ahmed



Sudans Präsident Omar Al-Baschir zeigt sich in Jubelpose (9.1.2019)

Foto: Mohamed Nureldin Abdallah/REUTERS

Ali Ahmed ist Sudanese, lebt im Exil in Hamburg und ist aktiv in der dortigen Lampedusa-Gruppe

Im Sudan gibt es seit dem 19. Dezember 2018 vermehrt Proteste gegen Präsident Omar Al-Baschir. Worum geht es genau?

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Es geht um verschiedene Aspekte. Der Bevölkerung fehlt es an Lebensmitteln und Medikamenten. Brot und Benzin sind für die meisten schlicht zu teuer geworden, zudem ist die Wirtschaft zusammengebrochen. Die Inflation ist hoch, die Banken zahlen zum Teil kein Geld mehr aus. Die Regierung nutzt die Haushaltsmittel maßgeblich dazu, sich zu bereichern und das Militär auszubauen, statt für soziale und stabilisierende Maßnahmen.

Von wem wird der Protest getragen?

Von der Mehrheit der Bevölkerung. Verschiedene Gruppen, Künstler und Akademiker sowie die Kommunistische Partei des Sudan sind an der Organisation beteiligt, genauso wie Studenten und Arbeiterorganisationen. Auch Berufsverbände und die Ärztegewerkschaft haben zu Demonstrationen aufgerufen. Die Bevölkerung ist der korrupten Politik Al-Baschirs, der seit 1989 regiert, überdrüssig und fordert, dass er endlich die Macht abgibt, und für sein Handeln und Menschenrechtsverletzungen vor ein ordentliches Gericht im Sudan gestellt wird. Die Losung der Proteste lautet: »Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit. Die Revolution ist die Wahl des Volkes.« Der Protest begann in der Stadt Atbara. Das ist die Stadt der Eisenbahnarbeiter und Farmer, sie ist die Hochburg der Kommunistischen Partei.

Seit Beginn der Demonstrationswelle wurden weit mehr als 800 Menschen verhaftet. Menschenrechtsorganisationen gehen von mindestens 40 Todesopfern aus. Deckt sich das mit Ihren Informationen?

Ja, das ist richtig. Augenzeugen berichteten über Gewalt von Polizisten. Sie setzen scharfe Munition und Elektroschockgranaten ein. Zudem wurden bei Razzien Frauen und junge Mädchen vergewaltigt und getötet. Aktivisten haben inzwischen eine Webseite eingerichtet, auf der die Gewalt von Polizei und Geheimdienst dokumentiert wird. Al-Baschir und das Regime versuchen mittlerweile, die Kommunistische Partei, die Menschen aus Darfur und die sudanesischen Befreiungsbewegung zu diffamieren und sie für die Gewalt verantwortlich zu machen.

Wir wollen aber, dass die Revolution friedlich und ohne Waffen verläuft. Die Gewalt geht nur vom Regime aus, das zudem versucht, mit unlauteren Methoden die Proteste zu unterwandern. Gemeinsam mit den Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Katar werden regierungskritische Exilsudanesen kriminalisiert, um die Bewegung zu schwächen. Beispielsweise wurde ein sudanesischer Aktivist, der in den »sozialen Medien« in Saudi-Arabien die Regierung seines Landes kritisierte, festgenommen und ausgeliefert. Wir verurteilen solche Methoden und fordern freie Wahlen und einen säkularen Staat.

Welche Rolle spielen Frauen bei den Protesten?

Eine zentrale. Bei sämtlichen Aktionen und Demonstrationen stehen Frauen in der ersten Reihe. Wie in der gesamten Welt sind sie auch hier besonders von Unterdrückung betroffen.

Im Sudan gibt es bereits seit 2003 in mehreren Provinzen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und Rebellen. Steht dies in Verbindung zu den gegenwärtigen Protesten?

Ja, diese Krise besteht seit langer Zeit. Die Regierung bekämpft die Menschen, weil sie afrikanische Wurzeln haben, keine arabischen. Allein in Darfur starben einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge seit Beginn der Auseinandersetzungen 300.000 Menschen im Rahmen eines regelrechten Genozids. Noch immer werden in diesen Regionen Dörfer von Regierungstruppen angegriffen. Al-Baschir leugnet das Ausmaß und spricht lediglich von 10.000 Getöteten. Mehr als zwei Millionen Menschen sind aus den betroffenen Provinzen innerhalb des Landes, in den Tschad oder den Südsudan geflohen. Dabei muss betont werden, dass die Abspaltung des Südsudan auf politischen Fehlentscheidungen Al-Baschirs beruht. Rassismus und die Diskriminierung von afrikanischen Stämmen waren dabei zentrale Gründe.